

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Straßenz. 8/8, und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, pro Woche 30 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.90, wo keine Post am Orte. Nr. 3.84.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgebühr beträgt für die erste halbe Colonnetze oder deren Raum 20 Pf. Auswärtige Zusätze 40 Pf. Doppelzettel außer Text 1 Pf. Anzeigensatz für Arbeitssatz 10 Pf. Auswärtige 25 Pf. Bestellen-Veranstaltung-Anzeigen 15 Pf. Anzeigensatz für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 6 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 119.

Breslau, Sonnabend, den 24. Mai 1913.

24. Jahrgang.

### Fürstliche Volksvermehrung.

Für den zunehmenden Geburtenrückgang im deutschen Reiche haben die reaktionären Parteien die wachsende Sittenlosigkeit der städtischen Bevölkerung, namentlich des „sozialdemokratisch verweichlichten“ Proletariats, verantwortlich gemacht.

So sehr ist der Schrecken über die verminderte Geburtenziffer unserer Herrschenden in die Glieder gefahren, daß Minister v. Dallwitz sogar die Regierungspräsidenten angewiesen hat, den Ursachen der Erstgeburt nachzuspüren. Man jektet dabei über die Unmoral und die Gemüthslosigkeit in Volke Eingang finden und hindern, daß Väter und Mütter die Last, Sorgen und Schmerzen einer großen Kinderzahl auf sich nehmen.

Das ist für Dr. Otto Ehinger Anlaß zu einer wissenschaftlichen Untersuchung über „Offizielle Moral und Geburtenverbreitung“ geworden, deren Ergebnisse er in der „Neuen Generation“ veröffentlicht. Herr Dr. Ehinger hat u. a. auch die Fruchtbarkeitsverhältnisse in den regierenden Familien des Reiches untersucht und stellt die eigentümliche Erscheinung fest, daß gewöhnlich nur die Ehe der Erstgeborenen (Könige, Kronprinzen usw.) mit Kindern reich gesegnet ist, während in den übrigen Zweigen der Familien im allgemeinen Zweifelhafthem herrscht, sehr oft aber auch völlige Kinderlosigkeit zu konstatieren ist.

Charakteristisch hierfür ist gerade die Familie Hohenzollern. Der jetzige Kaiser besitzt 7 Kinder, seine väterliche und großväterliche Familie waren gleichfalls reich mit Kindern gesegnet und in der Ehe seines ältesten Sohnes, des Kronprinzen, wurden im Laufe der ersten 6 Jahre bereits 4 Kinder geboren. Ganz anders sieht es in den Seitenlinien aus. In der Ehe des Großonkels des Kaisers und seiner männlichen Nachkommen sind meist nur 1 oder 2, selten 3 Kinder vorhanden. Der Bruder des Kaisers, Prinz Heinrich, besitzt 2, der seit 4 Jahren verheiratete Bruder des Kronprinzen, August Wilhelm, hat 1, sein seit 6 Jahren verheirateter Bruder Eitel Friedrich überhaupt kein Kind.

Der Ehe des bayerischen Thronfolgers sind neun Kinder entsprossen, der seines Erben nach kurzer Dauer drei. Dagegen sind in den zahlreichen Nebenlinien des regierenden Stammes in der letzten Generation gar keine oder nur ganz wenige Kinder geboren worden. Während der König von Sachsen sechs Kinder besitzt, blieb sein Bruder in zweimaliger Ehe kinderlos; der andere, Prinz Max, ist als katholischer Priester überhaupt nicht verheiratet. Der König von Württemberg hat allerdings nur eine Tochter. Von den drei Söhnen des Chefs der 5. Linie zeugte der auf die Krone Württembergs erberechtigte sechs, die beiden anderen keine Kinder.

Der Storch ist überall gleich gut dressiert. Er sorgt mit größtem Eifer dafür, daß die Linie der Erstgeburt nicht ausstirbt, legt sich aber sonst in seinen Besuchen die laßvollste Zurückhaltung auf. Ueber die Ursachen dieser eigenartigen Erscheinung läßt sich der Verfasser weiter nicht aus. Hoffentlich wird es auch nicht nötig sein, dies delikate Thema eingehender zu erörtern, um dem Gerücht von der „Sittenlosigkeit des Proletariats“, die an dem Geburtenrückgang die Schuld trage, ein Ende zu bereiten. Es ist ja immerhin ein Unterschied, ob eine Familie mit 18 Millionen Mark Einkommen sich 7 Kinder leistet oder eine solche mit 800 Mark. Was dort höchstens der Mutter einige Monate körperliche Beschwerden verursacht, wird hier zur Ursache furchtbarester Not, nie endender Entbehrungen, Vernachlässigung der einzelnen Kinder usw. Die Proletarier haben nun einmal keine Kronen zu vererben, und darum darf man auch keinen Stein auf sie werfen, wenn sie sich weniger an das Beispiel der Regierenden halten, als an das Beispiel jener, die ebenso wie sie — freilich nicht in ebenso drückender Weise wie sie — vom Rechte der Erstgeburt ausgeschlossen sind.

### Einjährige Dienstzeit für jedermann.

Die Verhandlungen über die Wehrvorlagen in der Budgetkommission des Reichstages haben sich in den letzten Tagen zu einer interessanten Diskussion über die Möglichkeit einer Herabsetzung der Dauer der Dienstpflicht verdichtet. Der Kriegsminister hat die Auffassung vertreten, daß weder eine allgemeine Verkürzung der Dienstzeit auf ein Jahr, noch auf achtzehn Monate angängig sei. Die Gründe, die er für seine Auffassung ins Feld führte, verdienen in mehrfacher Hinsicht kritische Beleuchtung. Alle Zweifel an der Zweckmäßigkeit des in Deutschland üblichen Ausbildungssystems suchte der Kriegsminister durch die Behauptung zu entkräften, daß die Ausbildung eine durchwegs kriegsgemäße sei. Das gleiche haben hohe Militärs auch zur Zeit des alten Zehnen und noch früher geglaubt und doch hat man immer wieder den verändernden Anforderungen über Kriegskunst und militärische Ausbildung Rechnung tragen müssen. Oft genug allerdings räumte man mit den veralteten Methoden erst dann auf, wenn ihre Unhaltbarkeit sich auf den Schlachtfeldern erweisen hatte. Die Erkenntnis wurde dann meist mit großen Blutopfern

erkaufte. Die Entwicklung des militärischen Ausbildungswesens geht jedenfalls seit Beginn des 19. Jahrhunderts dahin, daß man bestrebt ist, an Stelle des Paradedrills mehr und mehr die Erziehung zum Feldsoldaten zu setzen. Daß die Anhänger des alten Wehrwesens, die den Hauptwert auf die „Stammhaftigkeit“ legen, sich mit den neuen Anschauungen über die Ziele und Hilfsmittel der Ausbildung nicht ohne weiteres abfinden können, ist begreiflich, darf aber nicht dazu führen, daß man sich gegen die Entwicklung sträubt. Die Zeiten, wo im dichtesten Kugelnregen „Recht gefaßt!“ kommandiert und die Disziplin der Truppe mit Hilfe des Parademarsches im Gefecht aufrechterhalten wurde, sind unwiderrbringlich dahin. Wenn auch heute noch der Grundsatz „Feuerwirkung geht vor Deckung“ das Leitmotiv der feldmäßigen Ausbildung sein muß, so hat man doch die Notwendigkeit einer vernünftigen Dekonomie der Kräfte eingesehen. Eine so unsinnige Vergeudung des Menschenmaterials, wie sie Steinmetz bei Nachod und auch in Frankreich noch angewendet, sollte in modernen Kriegen ausgeschlossen sein. Solche Vorfälle waren nur möglich zu einer Zeit, wo weder der einfache Musketier, noch die obersten Führer eine Ahnung vom Vorgehen in aufgelösten Schützenlinien hatten und wo man Kollernehaubitzen und Artillerie verwechselte. Daß man bis vor kurzem in der deutschen Armee noch sehr rückständige Ausbildungsmethoden angewendet hat, beweist die Tatsache, daß auf Grund der im russisch-japanischen Kriege gemachten Erfahrungen die Bestimmungen der Felddienstordnung, des Exerzierreglements und der Turnvorschrift durch unzählige „Deckblätter“ abgeändert werden mußten. Angesichts dieser Entwicklung in allerneuester Zeit ist wohl ein Zweifel an der Behauptung des Kriegsministers, daß die Ausbildung wirklich bereits in jeder Hinsicht eine „kriegsgemäße“ sei, berechtigt. So gut wie der Griff „Faßt das Gewehr an!“ aus dem Exerzierreglement verschunden ist, könnte man auch auf den Präsentiergriff verzichten, dessen Einübung monatelang die ganzen Kräfte des Ausbildungspersonals und der Rekruten in Anspruch nimmt. Ebenso könnte der Parade-marsch abgeschafft werden, ohne daß dadurch die Disziplin oder die Lichthaltigkeit der Truppe beeinträchtigt würde. Daß die Verwendung der Mannschaften als Burtschen und Diener im zweiten resp. dritten Jahrgange nicht zur kriegsgemäßen Ausbildung gehört und nur die Zahl der Stammmannschaften unnötig vermindert, bedarf eigentlich gar keiner Erwähnung. Als weiteres Hauptargument gegen die Verkürzung der Dienstzeit führte der Kriegsminister an, daß bei allgemeiner einjähriger Dienstzeit die Armee zeitweilig nur aus Rekruten bestehen würde. Es ist bekannt, daß die Armee heute schon zum Teil im April und Oktober, die Marine sogar noch häufiger, Neueinstellungen von Einjährig-Freiwilligen vornimmt. Diese treten schon nach kurzer Ausbildungszeit zu den Stammmannschaften, ohne daß sie in ihren Leistungen hinter diesen im allgemeinen zurückbleiben. Die April-Einjährigen machen zum Beispiel alle Felddienstübungen und auch das Wandern im ersten Halbjahr ihrer Dienstzeit genau so mit wie die „alten Leute“. Daß hier, wo es sich hauptsächlich um körperliche Leistungen und Strapazen handelt, der höhere Bildungsgrad nicht zur Erklärung vorgeschoben werden kann, ist selbstverständlich. Nichts würde einer allgemeinen Einführung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit entgegenstehen, wenn man sich entschließen könnte, das Militär lediglich im Interesse der Landesverteidigung zu verwenden.

### Politische Uebersicht.

#### Der Zar in Berlin.

Zur Ankunft des Russenzars in Berlin schreibt der „Vorwärts“:  
Zu der Hochzeit der Tochter Wilhelms II. mit dem Prinzen von Cumberland kommt heute der russische Zar nach Berlin, und so wenig wir uns sonst um Familienangelegenheiten kümmern, dem Selbstherrlicher Rußlands müssen auch wir ein paar Worte der Begrüßung widmen. Denn der Zar steht weniger als irgendein anderer Monarch über den politischen Kämpfen, und die Rolle, die er in der blutigen Niederwerfung aller Freiheitsbestrebungen gespielt hat, kann ihm nie vergessen werden. Zar Nikolaus II. ist zwar nicht der einzig ausschlaggebende Faktor der innerrussischen Politik. Aber soweit absehbare Herrschaft, daß gegen alle kulturellen Neuerungen, Nachsicht gegenüber den vorwärtsdrängenden Elementen des Volkes die Bestrebungen der jüngerlich-bureaucratischen Diktatur zu fördern vermochten, hat Nikolaus II. nach Kräften dazu beigetragen, die Herrschaft der Krone und des Gaiens im russischen Reiche zu festigen.  
Es ist ein Zeichen des Verfalls der bürgerlichen Kultur, daß dieser Herrscher nach der blutigen Niederwerfung der Revolution von den Politikern der kapitalistischen Welt mit offenen Armen aufgenommen wurde, und seitdem eine beherrschende Rolle in der internationalen Politik spielt. Vor ihm hängen sich die Präsidenten und Minister, seinen Wünschen verleiht die Presse ihre goldenen Seiten an, und man sieht

die bürgerliche Presse mitunter, bei politischen Komplikationen, von dem raffinierten Doppelspiel und der Infamie der russischen Politik spricht, so verläumt sie doch nicht, den Zaren, das absolute Oberhaupt der russischen Politik, seiner „Friedensliebe“ wegen zu feiern.

Nach Berlin kommt der Zar angeblich nur zur Familienfeier am deutschen Kaiserhause. Also nur ein intimes Beisammensein der höchsten und allerhöchsten Herrschaften, die ja bekanntlich fast alle untereinander verknüpft und verschwägert sind. Indessen ist es keineswegs ausgeschlossen, daß auch politische Fragen bei dieser Gelegenheit zur Sprache gebracht werden. Es heißt, die Gespräche würden sich auf die noch schwebenden Fragen des nahen und des fernen Ostens erstrecken. Vielleicht benützt auch Herr v. Bethmann die Gelegenheit, um sich mit dem Zaren wegen der von russischer Seite drohenden militärischen „Gefahr“ an der Ostgrenze auseinanderzusetzen.

Daß der Zar die Stimme des deutschen Volkes hört, davon ist natürlich aus guten Gründen Abstand genommen worden. Die strengen Abspernungsmassnahmen, das Meer der russischen Spigel, die einträchtig mit der preussischen Polizei zusammenarbeiten, dienen natürlich nicht nur dem „Schutz“ des „heilgeheiligten“ Monarchen. Es soll verhindert werden, daß der Zar erkenne, welches Gefühl das werktätige Berlin dem Unterdrücker seines Volkes entgegenbringt.

#### Der Rechten wird unbehaglich.

In der Regierung scheint man einem etwaigen Stichwahlabkommen zwischen Fortschritt und Sozialdemokratie mit ziemlichem Unbehagen entgegenzusehen. Die offiziös inspirierten Schweinburg'schen „Berliner Politischen Nachrichten“ geben der Sorge um ein solches Abkommen in einer etwas eigenartig abgefaßten Note Ausdruck. Es wird zunächst festgestellt, daß das positive Ergebnis eines solchen Abkommens für die Zusammensetzung des Landtags völlig belanglos sei. Der Gewinn, welchen Sozialdemokratie oder Volkspartei äußerster Falles dabei erzielen könnten, ändere an dem Wechselsverhältnis nicht das Geringste.

Um so größere Bedeutung würde allerdings der Abschluß eines Stichwahlabkommens „für die Beurteilung der bürgerlichen Demokratie vom nationalen und staatsrechtlichen Standpunkt sein“. Das offiziös Blatt versucht dann, den Fortschritt kopfscheu zu machen mit dem „kaudiniischen Joch“, dem er sich im Falle eines Stichwahlabkommens beugen müsse und dann kommt die Drohung mit „noch weiteren Konsequenzen von politischem Interesse“.

Die Nationalliberalen gehen, mit Ausnahme von Schleswig-Holstein, auf der ganzen Linie mit der freisinnigen Volkspartei gegen die Reichspartei zusammen. Es fragt sich, ob die nationalliberalen Kandidaten auch dann für die freisinnigen Kandidaten stimmen würden, wenn für diese die Unterstützung der Sozialdemokraten durch die Ueberlassung von Mandaten an die Sozialdemokraten erkaufte worden wäre. Welche Beurteilung ein solches Verhalten vom nationalen und staatsrechtlichen Standpunkt aus finden mußte, bedarf der näheren Darlegung nicht. Wenn daher auch von einem etwaigen Stichwahlabkommen zwischen Volkspartei und Sozialdemokraten keinerlei entscheidende Einwirkung auf die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses zu erwarten ist, so wird die Erledigung dieser Frage doch unter Umständen von Bedeutung für die Beurteilung der politischen Gesamtlage sein.

Das ganze Gerücht kann nur schwer die Furcht verleiern, die in der Regierung vor einem fortwährend sozialdemokratischen Stichwahlverbot herrscht. Zugegeben, daß die Erfolge eines solchen Stichwahlabkommens an den Mehrheitsverhältnissen nichts Wesentliches ändern, so würde doch eine Verändigung zwischen der bürgerlichen Opposition und der Sozialdemokratie die alte Politik der Regierung und der reaktionären Parteien zunichte machen, die ihre Macht auf der Zwietracht zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Opposition gründen.

#### Vornehm und — patriotisch.

Welchen Hochmut — um uns gelinde auszubringen — die deutsche Charivari-Pressen gegenüber anderen Nationen kultiviert, dafür liefert folgende Auslassung der „Schles. Ztg.“ zu den Soldatendemonstrationen in Frankreich einen Beweis:  
Die groben Auslassungen überaus zahlreicher Mannschaften gegen die militärische Manneszucht, gegen Vorgesetzte und Vorgesetzten haben hierzulande nicht die Bedeutung für den Gesamtwert des Deeres, der ihnen in den meisten anderen Ländern unbestritten zukommen würde. . . . In Frankreich stellen jene Vorgänge nur die meiste Jungeherbe dar, sinnenlos und abscheulich die französische Soldateska überhaupt zum größten Teile aus dummen Jungen besteht — wie das ganze Volk.

Die „Schles. Ztg.“ gibt sich äußerlich den Anschein eines vornehmen Blattes; man braucht nur etwas an dem aufgetragenen Firnis zu fragen und die wahre Natur kommt zum Vorschein, die sich im Hassentum gegen andere Nationen äußert. Mit „dummen Jungen“ schmeißen auch andere Marktwelber herum.





10% Taucher Schuhgesellschaft m. b. H., Reuschestr. 15 10% 8 billige Tage mit 10% Rabatt.

Vereine und Versammlungen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau. Donnerstag, den 29. Mai, abends 8 Uhr, im großen Saale des 'Gewerkschaftshauses', Margarethenstraße 17: Mitglieder- und Wahlmänner-Versammlung.

Kolmar Frauen-Versammlung. Am Dienstag, den 27. Mai, findet abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Reim eine Versammlung der weiblichen Mitglieder des Wahlvereins statt.

Mans Heinz Ewers, Hochnotpeinliche Geschichten nur 15 Pfg. Zu beziehen durch die Expedition und die Kolportage.

5000 Herrenhüte neueste Formen, in Strah u. Filz durchweg jetzt 1.95 garantiert für Herren und Mädchen. 2000 Kinderstrohhüte durchweg jetzt 50 Pf.

Deutsche Hut-Industrie Schmeldebrücke 17/18, Adalbertstrasse 8. Corona, Panther und Robur sind erstklassige Qualitätsmarken, und führe ich diese in allen Preislagen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau. Die Abrechnung der Bezirksführer wird Montag, den 26. Mai, abends 8 Uhr, in den Bezirkslokalen vorgenommen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Neumarkt. Sonntag, den 25. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, im großen Saale des 'Gewerkschaftshauses', Margarethenstraße 17: General-Versammlung.

Rohtabak-Handlung G. Wutke, Breslau, Museumplatz 4.

Besonders billiges Angebot. Echt Panama. Panama-Ersatz. 1.90, 2.80, 3.50. Matelot 1.80, 2.20, 2.80, 3.50-5.50.

Einladung zu dem am 31. Mai im großen Saale des 'Gewerkschaftshauses' stattfindenden Mai-Kränzchen.

General-Versammlung Tages-Ordnung: 1. Punkt: a) Geschäftsbericht 1912/13. Redner: Genosse Scholich; b) Kassendbericht 1912/13. Redner: Genosse Bromig.

Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur. Von Curt Gottwitz. Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche. Dritte Auflage.

Steuerzahlung. Die Steuern für April bis Juni d. J. sind nach Empfang des Steuerzettels binnen 8 Tagen an die zuständige städtische Steuerbehörde zu zahlen.

Achtung Sperre! Hiermit zur Kenntnis, das über den Bau Reuterstr. Ecke Schleiermacherstr. Unternehmer Girischberg und über sämtliche Arbeiten für den Bau die Sperre verhängt worden ist.

Steuerverwaltung. Der Magistrat, Steuerverwaltung. Die Steuern für April bis Juni d. J. sind nach Empfang des Steuerzettels binnen 8 Tagen an die zuständige städtische Steuerbehörde zu zahlen.

Zeltgarten. Riesenprogramm. Jeden Mittwoch u. Sonnabend nachmittags 4 Uhr: Gt. Kinder-Vorstellung.

Logis. Fleisch billiger! Schweinefleisch 70 Pf., Schmalz 80 Pf., Butter 90 Pf., Eier 100 Pf.

Spiele mit Henkel's Bleich-Soda. Der Wahre Jakob, Heft 10 Pf.

Schauspielhaus. Erl's Zireler Bühne. Freitag, 16. Mai, abends 8 Uhr: 'Stahl und Eisen'.

Liebich's Etabl. Freitag, 16. Mai, abends 8 Uhr: 'Der Wahre Jakob'.

Abilissement 'Kaiser-Friedrich-Park'. Klein-Gondan. Sonntag, den 24. Mai 1913. Mai-Kränzchen.

Wie man Schuhe und Stiefel behandelt! Um das Leder dauerhaft zu erhalten und den Schuhen einen eleganten Hochglanz, der bei jedem Wetter anhält, zu verleihen, trage man von der überall erhältlichen Schubeckre Pflö nur ganz wenig auf und reibe abdam mit einer weichen Bürste glänzend.

Führer durch die Reichs-Versicherungs-Ordnung. I. Die gemeinsamen Vorschriften und das Verfahren. Preis 40 Pf.

Joh. Kluger, Breslau, Matthiasstr. 152. Telefon 5885. in Fahrrädern und Nähmaschinen.

Reform-Kino. Von jetzt ab jeden Dienstag und Freitag neuer Spielplan. Reform-Kino.

Kauf und Verkauf. Abonnement und Leser der 'Volkswacht'. Durch alles wird die 'Volkswacht' nicht unterstützt.







Briefkasten.

Spezialredaktion des Reichstags nur v. 12-1 Uhr Mittags. Schriftliche Anträge werden nur dann angenommen...

2. Vortrag. 1. Was abzugsfähig ist, kann auch abgezogen werden; bei Lebensversicherungsbeiträgen und ähnlichen Beiträgen...

Berathungen und Vereine. Freitag, den 23. Mai: Gewerkschaftstreffen, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus...

Telegramm! Offentlicher Verkauf von getragenen Mass-Garderoben, teilweise auf Seide gearbeitet, für jede Figur passend am Lager...

Josef Günther Fahrradschlossermstr. Friedrich-Wilhelmstrasse 2. Brennschloß- u. Gritzer-Fahrräder. Sämtliche Zubehör- und Ersatzteile.

Zigarren. In groß in allen Preislagen und Qualitäten zu bieten in der Fabrik-Niederlage von Otto Wruck...

2. Preussisch-Österreichische (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie. 5. Klasse 11.ziehungstag 22. Mai 1918 Sonntag.

Empfehle mein großes Lager von Kinder-, Leiter- u. Sport-Wagen. Diege- und Feld-Stühlen zu bekannt billigsten Preisen.

2. Preussisch-Österreichische (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie. 5. Klasse 11.ziehungstag 22. Mai 1918 Sonntag.



13. Verbandstag des Verbandes der Schiffszimmerer.

Die Verhandlungen werden am Mittwoch beim Bericht der Rechnungsprüfungskommission fortgesetzt.

Der Bericht vom Gewerkschaftskongress erstattet Mizers. Er befragte die dauernde Einführung des Umlegeverfahrens bei allgemeinen Unterstützungsaktionen...

Erhöhung des Wochenbeitrages

von 60 auf 70 Pfennige. Die Mehrzahl der Diskussionsredner tritt ebenfalls für diese Erhöhung ein.

Angenommen wurden schließlich folgende Änderungen des Statuts: Der Beitrag wird von 60 auf 70 Pfg. pro Woche erhöht.

Am Donnerstag werden die Verhandlungen bei der Beratung des Streikreglements fortgesetzt.

Bei der Beratung der allgemeinen Anträge wird beschlossen, daß die Beiträge an die Generalkommission von der Hauptkasse zu tragen sind.

Die Wahlen ergeben, daß Allers zum Vorsitzenden, Wickers zum Kassierer und Zischl zum Schriftführer einstimmig wiedergewählt werden.

Außerordentliche Generalversammlung der Maler.

Zu hiesigen Gewerkschaftshause trafen heute vormittag die für die ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Maler, Weißbinder usw. gewählten Delegierten...

Bericht über das Ergebnis der letzten Tarifverhandlungen.

gab das Vorstandsmitglied Streine-Samburg. Die Arbeitgeber haben mit Zahlen operiert, die der Wirklichkeit nicht entsprechen.

Der Referent gab ein Bild der erzielten Verhandlungen, die von den Arbeitgebern angezettelt waren und erstmalig anfangs April und dann in der vorigen Woche stattfanden.

Das Ergebnis der Verhandlungen ist nun so, daß die Kollegen, die die Verhandlungen geführt haben, der einstimmigen Auffassung sind, dem Schiedsgericht zuzustimmen.

Schießen, Wajen und Nachbargebiete.

Oblau, 23. Mai. Allgemeine Ortskrankenkasse. Mittwochabend fand die Generalversammlung der allgemeinen Ortskrankenkasse statt.

Wohlau, 23. Mai. Pinaus ins Freie. Aus der Fürsorgeanstalt entwichen am Mittwoch früh vier Jügelinge.

Bunzlau, 23. Mai. Ein Schiedrama. Aus Groß-Gollnisch wird gemeldet: Mittwoch nachmittag wurde durch den Gendarmverwachtmann der hiesige Schuhmacher Franz Hofferec verhaftet.

Stogau, 23. Mai. Von der neuen Odebrücke. Mit dem Bau einer neuen Odebrücke, deren Projekt noch irrendwo der Genehmigung harret, wird es wohl im Laufe dieses Jahres noch nichts werden.

Wom Wahlverein. Mittwoch fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt.

Reusstadt, 22. Mai. Keine Ueberschreitung des Ruchigungsrechts. Herr Pfarrer und Schulinspektor Vitzner aus Kossoborz sendet uns folgende Mitteilung:

Am 2. Beilage vom 2. April d. J. der 'Volkswacht' finde ich einen gegen mich gerichteten Artikel unter der Ueberschrift: 'Keine Ueberschreitung des Ruchigungsrechts'.

Wahr ist: 1. Von einer früheren Verletzung der Hand war mir nichts bekannt, der Knabe hat auch davon nichts gesagt.

fann. 2. Wahr ist, daß ich den Vater am Vortage vor mir, nämlich zur Verächtigung der Waisenkassette über meine unehelichen Enkelkinder.

Jauer, 23. Mai. Konservativer Terror. Die Urwahlen zum Landtag sind kaum vorüber und schon beginnen die Konservativen die Wähler wirtschaftlich zu schädigen.

In Peterwitz, im Kreise Jauer, sind in der dritten Abteilung zwei liberale Wahlmänner, ein Lehrer und ein Weichensteller, gewählt worden.

So wird unter Meinung von Ramek erzählt, daß einem Peterwitzer Darbier, der im Abonnement seine Kunden durch Zufriedenheit bedient, von den besterhaltenen Gutsbesitzern (Namen können genannt werden) sofort nach der Wahl mitgeteilt wurde.

So beschließen die Konservativen den Mittelstand. Ein Wahlrecht, das den Konservativen solche 'Strafmittel' in die Hand gibt, wird natürlich so lange es nur irgend geht, beibehalten.

Posen, 23. Mai. Fünf Bauerngehöfte mit 18 Wirtschaftsgebäuden wurden in Grunowicz eingekassiert. Als am Sonntag der Landwirt Kazymarski Hackel schnitt, entstand in der Hackelstammer ein Feuer.

Posen, 23. Mai. Das schnelle Fahren. Ein Automobilunfall, der zum Glück ohne ernstliche Folgen verlief, ereignete sich Donnerstag früh in der vierten Morgenstunde in der Nähe des Stadttheaters.

Posen, 22. Mai. Der letzte Akt des Blumensrazettes. Nachdem das Urteil gegen Frau Dr. Blume rechtskräftig geworden ist, wird die Beurteilung in das Gefängnis von Wronke geschickt.

Aus Oberschlesien.

Königsbütte, 22. Mai. 'Unangenehme Gäste'. Dienstag nachmittag kamen die Arbeiter Pietkuschia und Buchalki zum Gastwirt Mische und gehen.

Königsbütte, 23. Mai. 'Rach wehen' vom Streit. Die Stadtverordneten bewilligten den Polizeibeamten für die anläßlich des Bergarbeiterausstandes geleisteten Mehrdienste eine Entschädigung von 2400 Mark.

Mitkutschik, 23. Mai. Selbstmord in der Trunkenheit. Die in Mitkutschik auf der Galdenstraße wohnhafte Grubenarbeiterin Pauline Repora erlangt gegen 11 Uhr abends am Fenster ihrer im ersten Stock gelegenen Wohnung hinab auf die Straße, wobei sie denartig schwere Verletzungen erlitt.

Mitkutschik, 23. Mai. Selbstmord in der Gefährniszeit. Am Mittwoch hat sich der Untersuchungsgefängnisgefangene Giesingmus Judalla aus Wrotrau mit einem Handtuch an dem Heizungsrohr in seiner Zelle im hiesigen Gefängnis erhängt.

Swarasbütte, 23. Mai. Ein Rekord der Wahlhelferleistung. In Oberschlesien war die Wahlberechtigung bei den Wahlmännern sehr gering.

